

Protokoll:

Rm Dott (CDU-Fraktion) erklärt zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Rederechte seien schon Bestandteil einer Ortsbeiratssitzung und Fragestunden würden regelmäßig durchgeführt. Parteilose Personen als Ortsvorsteher seien bereits nach der Gemeindeordnung zulässig. Anschließend begründet Herr Dott den Antrag.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0084/2016). Zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schlägt er vor, diesen in die empfohlene Arbeitsgruppe zur Prüfung zu überweisen.

Rm Ackermann (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) begründet den Änderungsantrag. Die flächendeckende Einrichtung von Ortsbeiräten in Koblenz sei ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Demokratie. Die Kostenfrage müsse dabei aber im Blick behalten werden. Bei einer Zusammenführung von mehreren Ortsteilen zu größeren Ortsbezirken gehe zudem die Identifikation verloren. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schlägt die Modernisierung des Systems Ortsbeiräte vor.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist darauf hin, dass die Gemeindeordnung die verbindliche Kommunalverfassung für Rheinland-Pfalz sei, von der es in der Regel keine Ausnahmegenehmigungen gebe. Der Antrag müsse daher auch konform zur Gemeindeordnung umgesetzt werden.

FDP-Fraktionsvorsitzender Schupp weist auf die Kosten hin, die durch die flächendeckende Einrichtung von Ortsbeiräten entstünden. In jedem Stadtteil gebe es mindestens ein Ratsmitglied, das als Ansprechpartner zur Verfügung stehe. In der bisherigen Form hätten Ortsbeiräte keine eigenen Entscheidungsbefugnisse. Für die Ausweitung von Ortsbeiräten sollten diese auch abschließende Entscheidungen treffen können und ein eigenes Budget zur freien Verfügung haben.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, dass in einer repräsentativen Umfrage in der Bevölkerung eine Mehrheit die flächendeckende Einführung von Ortsbeiräten befürwortet habe. Die Ortsbeiräte könnten eine Vielzahl von Problemen vor Ort lösen, die im üblichen Verfahren zu erheblichen Mehrkosten führen würden. Bei der derzeitigen Situation bestünde eine Benachteiligung der früher eingemeindeten Ortsteile ohne Ortsbeiräte. Wichtig sei allerdings, die entstehenden Mehrkosten so gut wie möglich zu begrenzen. Eine gute Möglichkeit hierzu sei die Bildung von Verbundortsbezirken.

Rm Dott (CDU-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass die Budgetbereitstellung Bestandteil des Antrags gewesen sei. Er regt an, die Ortsvorsteher in die zu bildende Arbeitsgruppe mit einzubeziehen. Herr Kreuser (Ortsvorsteher Lay) bekräftigt die hohe Akzeptanz der bereits bestehenden Ortsbeiräte von Seiten der Bevölkerung und schließt sich Rm Dott an.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt vor, ein bis zwei Ortsvorsteher in die Arbeitsgruppe aufzunehmen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke sieht die Ratsmitglieder als Ansprechpartner in den Stadtteilen und schließt sich der FDP-Fraktion in Bezug auf die Kostenfrage an.